

A) Öffentlicher Teil	5
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2. Niederschrift vom 18.6.07	5
3. Resolution für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Brühler Bahnhof	5
Bezug: Rat 18.6.07 und HA 27.8.07	5
Vorlage-Nr. 40/02 e	5
4. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Brühl über die Zulassung zusätzlicher Warenarten gem. § 67 Abs. 2 Gewerbeordnung (GewO) auf den Wochenmärkten der Stadt Brühl	6
Bezug: HA 27.8.07	6
Vorlage-Nr. 42/85 d	6
5. Neustrukturierung der offenen Jugendarbeit in Brühl hier: Konzept „Kräfte bündeln, Vielfalt erhalten“	6
Bezug: JHA 30.8.07	6
Vorlage-Nr. 39/95 m - Ä -	6
6. Bereitstellung städtischer Sportanlagen	7
6.1 Einführung von Nutzungsgebühren	7
Bezug: SchSpA 4.9.07	7
Vorlage-Nr. 30/03 a	7
6.2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die außerschulische Benutzung städtischer Sportanlagen einschließlich des Karlsbades	9
Vorlage-Nr. 30/03 b	9
7. Ganztagschule	11
hier: Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“	11
Bezug: SchSpA 4.9.07	11
Vorlage-Nr. 41/07 - Ä -	11
8. Kunstpreise der Stadt Brühl	12
hier: Dotierung des Max Ernst-Stipendiums	12
Bezug: Schreiben von Dr. Arta Valstar-Verhoff, Vorsitzende der Jury des Max Ernst-Stipendiums 2007 u. KPTA 13.9.07	12
Vorlage-Nr. 120/80 bu	12
9. Sammlung Will Küpper;	13
hier: Annahme einer Schenkung Dr. Wolf Rüdiger und Anita Hüttl	13
Bezug: KPTA 13.9.07	13
Vorlage-Nr. 167/74 i	13
10. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes ‚Brühl-City‘ gem. § 142 Baugesetzbuch	13
Bezug: PStA 14.8.07	13
Vorlage-Nr. 200/85 f	13
11. Anträge	15
11.1 Integration von Menschen mit Migrationshintergrund	15
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 22.1.07	15
Bezug: SoMiA 10.5. u. 9.8.07	15
Vorlage-Nr. 12/05 c+d	15

3

11.2 Verwendung des Veräußerungserlöses Sportplatz Bonnstraße hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 10.8.07 Bezug: SchSpA 4.9.07 Vorlage-Nr. 19/87 d+e	17 17 17
11.3 Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 8.8.07 Bezug: HA 27.8.07 Vorlage-Nr. 37/07	17 17 17 17
11.4 Beantwortung von Anfragen der Ratsmitglieder Bezug: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 15.8.07 Vorlage-Nr. 44/07 + a	18 18 18
12. Umbesetzung in Ausschüssen	18
12.1 Schul- und Sportausschuss Vorlage-Nr. 105/94 cn	18 18
12.2 Zweckverband kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur	18
13. Mitteilungen	19
13.1 Zuschuss an St. Ursula Gymnasium	19
13.2 18. Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- u. Gemeindebundes am 24. Oktober 2007 in Münster	19 19
13.3 Straßensperrung	19
14. Anfragen	19
14.1 Fraktionsname	19
14.2 Haushaltssatzung 2007	19
14.3 Süd-Friedhof	19
14.4 Kreisel Alte Bonnstraße/Geildorfer Straße	19
14.5 Marktsatzung	20
14.6 Nazischmierereien	20
14.7 Fest der griechischen Gemeinde	20
14.8 Baugebiet ‚Auf der Pehle‘	20
14.9 Baustelle Kaiserstraße	20
14.10 Rauchverbot	20
14.11 Müllentsorgungspreise	21
B) Nichtöffentlicher Teil	23
15. Turnhalle Brühl-Vochem; Abriss und Neubau der Turnhalle Vorlage-Nr. 56/06 b	23 23 23
16. Mitteilungen	23

16.1 Kreisel Geildorfer Feld	23
17. Anfragen	23
17.1 Veranstaltung Jugendgemeinderat	23

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Zur Tagesordnung:

Bürgermeister Kreuzberg weist auf die Tischvorlage Nr. 30/03 b zum Tagesordnungspunkt 6 hin. Der Beschluss sei bereits in eine Satzung umgearbeitet worden. Gerne könne er vor Behandlung eine Sitzungsunterbrechung einlegen, damit die Vorlage in Ruhe studiert werden könne.

Darüber hinaus bitte die **SPD-Fraktion** um eine Umbesetzung im Zweckverband „Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur“. Den Antrag werde er unter TO-Pkt. 12 behandeln.

Der Rat stimmt der vorgeschlagenen Ergänzung der Tagesordnung zu.

A) Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Johannes Könen, Schultheißstr. 54, Brühl, nimmt Bezug auf den laufenden Strafprozess beim Amtsgericht Brühl wegen sogenannter Lustreisen. Er fragt den Bürgermeister, welche Informationsreisen er als Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Brühl GmbH unternommen habe.

Bürgermeister Kreuzberg stellt zunächst fest, dass er solche Informationsfahrten für notwendig halte. Er selber habe jedoch noch nicht die Gelegenheit gehabt, an einer Reise teilzunehmen.

2. Niederschrift vom 18.6.07

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (fw/bVb) erklärt, dass er keine Anmerkungen zur Niederschrift habe sondern zur Haushaltssatzung der Stadt Brühl. In dem Druckwerk habe er einen Fehler entdeckt.

Bürgermeister Kreuzberg weist darauf hin, dass es sich nicht um eine Anmerkung zur Niederschrift handele. Er bittet, die Angelegenheit unter dem Punkt „Anfragen“ noch einmal zu thematisieren.

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 18.6.07 werden keine Einwände erhoben.

3. Resolution für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Brühler Bahnhof

Bezug: Rat 18.6.07 und HA 27.8.07

Vorlage-Nr. 40/02 e

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) fragt den Bürgermeister, zu welchem Zeitpunkt ihm bekannt gewesen sei, dass die Schrägaufzüge Fremdbedienung erforderten und wie er mit diesem Wissen umgegangen sei. Darüber hinaus hätte er gerne gewusst, mit welcher Perspektive man hier den Bürgerinnen und Bürgern ankündige, dass am Brühler Bahnhof noch etwas verändert werde. Man streue diesen s.E. „Sand in die Augen“.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass man das Thema immer wieder aufbringen und Forderungen stellen müsse, denn „steter Tropfen höhle den Stein“. Im Übrigen sei Herr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) selbst bereits im Rat gewesen, als dieser nach dem

schweren Zugangslück über die Pläne am Bahnhof aufgeklärt worden sei. Er erinnert daran, dass man bereits einmal eine Resolution verfasst habe, in der man den Wunsch nach dem Bau von Aufzügen geäußert habe, welcher seitens der Bahn jedoch abgelehnt worden sei. Die Bahn habe als Alternative nur die Schrägaufzüge angeboten. Er hoffe nun, dass die zweite Resolution nach vielen vielen Anschreiben endlich zum Erfolg führe.

Ratsfrau Heck (SPD) bedankt sich für die schnelle Umsetzung. Es sei wichtig, dass das Thema „Barrierefreiheit“ nochmals in den Köpfen verankert werde.

Der Rat beschließt die als Anlage zur Vorlage-Nr. 40/02 e beigefügte Resolution für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Brühler Bahnhof.

- einstimmig -

4. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Brühl über die Zulassung zusätzlicher Warenarten gem. § 67 Abs. 2 Gewerbeordnung (GewO) auf den Wochenmärkten der Stadt Brühl

Bezug: HA 27.8.07

Vorlage-Nr. 42/85 d

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob die in der letzten Hauptausschusssitzung angekündigten Gespräche stattgefunden und zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass diese Gespräche inhaltlich nichts mit der vorliegenden Satzung zu tun gehabt hätten.

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Brühl über die Zulassung zusätzlicher Warenarten gemäß § 67 Absatz 2 Gewerbeordnung (GewO) auf den Wochenmärkten der Stadt Brühl

- einstimmig -

5. Neustrukturierung der offenen Jugendarbeit in Brühl

hier: Konzept „Kräfte bündeln, Vielfalt erhalten“

Bezug: JHA 30.8.07

Vorlage-Nr. 39/95 m

- Ä -

Die **Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Ratsfrau Küster** (CDU), weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss den Beschlusssentwurf geändert habe; der Zeitpunkt der Schließung des Jugendzentrums sei herausgenommen worden.

„Schließung des Jugendzentrums an der Liblarer Straße mit der Inbetriebnahme des neuen Jugend- und Kulturzentrums“.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) kündigt Zustimmung an, hätte jedoch gerne gewusst, wann die noch offenen Kosten näher bezifferbar seien.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass nähere Kosten erst dann genannt werden könnten, wenn die genauen Planungen und Umsetzungen besprochen seien.

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) begrüßt es, dass endlich einmal etwas in die Wege geleitet werde. Allerdings handele es sich nur um einen Grundsatzbeschluss, der noch mit Leben gefüllt werden müsse.

Ratsfrau Baule (fw/bVb) nimmt Bezug auf Ziff. 2, Einrichtung eines City-Treffs. Ihre Fraktion stimme der Einrichtung zu, hätte jedoch gerne gewusst, ob es hier bereits Informationen über die entstehenden Kosten gebe.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass diesbezüglich noch keine näheren Angaben gemacht werden könnten.

Ratsfrau Küster (CDU) teilt mit, dass sich - gemäß Besprechung im Jugendhilfeausschuss - die Kosten in einem sehr überschaubaren Rahmen halten würden.

Ratsfrau Heck (SPD) erinnert daran, dass es hinsichtlich der Einrichtung eines City-Treffs neben der Clemens-August-Schule auch noch andere Möglichkeiten gebe. Sie bittet, auch andere Lösungen in die Überlegungen und in die Kostenrechnung mit einzubeziehen.

Der Rat beschließt das Konzept „Kräfte bündeln, Vielfalt erhalten“ bestehend aus den Einzelmaßnahmen

1. Beauftragung des Arbeiter-Samariter-Bundes Regionalverband Erft- Düren (ASB) mit dem Bau und Betrieb eines neuen Jugend- und Kulturzentrums an der Schildgesstraße auf Grundlage eines noch auszuhandelnden Vertrages und Übernahme der mobilen Jugendarbeit für das gesamte Stadtgebiet.
2. Einrichtung eines City-Treffs
3. Schließung des Jugendzentrums an der Liblarer Straße mit der Inbetriebnahme des neuen Jugend- und Kulturzentrums“.
4. Ausbau des Kinder- und Jugendtreffs „Klasse“ in Vochem und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes.

- einstimmig -

6. Bereitstellung städtischer Sportanlagen

6.1 Einführung von Nutzungsgebühren

Bezug: SchSpA 4.9.07

Vorlage-Nr. 30/03 a

Erster Beigeordneter Brandt teilt mit, dass nach umfangreichen Prüfungen und nach Absprache mit der Kommunalaufsicht man zu dem Ergebnis gekommen sei, dass bei keinem Ratsmitglied Befangenheitsgründe zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen würden.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (fw/bVb) führt aus, dass der Sport wichtige gesellschaftliche, pädagogische und soziale Aufgaben erfülle. Die städtischen Sportstätten würden über Tag von den Schulen und am Abend von den Vereinen genutzt. Die Frage sei, was eine Sportstätte koste, wenn sie nicht von den Vereinen genutzt würde. Angaben über die Kosten des Leerstands habe er in der Vorlage nicht gefunden. Die Vereine würden durch diesen Beschluss in ihrer Geschäftsgrundlage betroffen, da sie die Zusatzkosten nicht aufbringen könnten. Die großen Sportgruppen würden daher voraussichtlich in das Sportzentrum des BTV flüchten. Randsportarten werde es künftig nicht mehr geben. Sportarten, die auf eine Dreifach-Sporthalle angewiesen seien, würden dreifach bestraft.

Früher habe es im Rat eine parteiübergreifende „Sportfraktion“ gegeben, die eine solche Regelung, wie sie heute anstehe, niemals zugelassen hätte. Es bleibe zu hoffen, dass eine solche Sportfraktion wieder eine Mehrheit im Rat finde. Er fragt im Folgenden, wie hoch der Verwaltungsaufwand für die Eintreibung der Nutzungsgebühren sei, ob ein Controlling geplant sei und welcher Verwaltungsaufwand betrieben werden müsse, um die korrekten Nutzerzahlen zu ermitteln. Auch die Anregung seiner Fraktion, nicht **am** Sport sondern **im** Sport zu sparen, kämen nur zögerlich zur Geltung. Schon seit langem habe man für die Übertragung der Schlüsselgewalt auf die Vereine plädiert.

Abschließend stellt er fest, dass seine Fraktion in der geplanten Erhebung von Nutzungsgebühren keinen finanziellen Vorteil für die Stadt sehe. Die fw/bVb befürchte vielmehr, dass der Breitensport und die Randsportarten jenseits des BTV auf der Strecke blieben. Seine Fraktion lehne daher den Beschlussentwurf ab.

Ratsherr Breu (SPD) weist darauf hin, dass seine Fraktion in der Schul- und Sportausschusssitzung bereits deutlich gemacht habe, dass man aus gesellschaftspolitischen Gründen gegen die Erhebung von Nutzungsgebühren für die Bereitstellung städtischer Sportanlagen sei.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) weist darauf hin, dass bei der Auflistung der Turnhallen die Halle Vochem fehle. Auch wenn diese z.Z. nicht nutzbar sei, sollte man sie in der Satzung mit aufführen, um eine spätere Änderung der Satzung zu vermeiden. Darüber hinaus bitte er, die Schießsportanlage an der Otto-Wels-Straße zu streichen. Im Übrigen sei zugesagt worden, in der Satzung zu verankern, dass es sich bei einer gewerblichen Nutzung um eine „sportlich-gewerbliche Nutzung“ handeln müsse. Er kritisiert, dass über Anträge zur gewerblichen Nutzung laut Satzung der Bürgermeister entscheide, wobei sonstige gewerbliche Nutzungen nicht ausdrücklich ausgeschlossen seien.

Erster Beigeordneter Brandt erklärt, dass hier gewerbliche Nutzungen mit sportlichem Bezug gemeint seien. Dies sei in der Sportstättenutzungssatzung geregelt.

Der Rat beschließt, mit Wirkung vom 01.01.2008 im Bereich des Seniorensports sowohl für die Nutzung städtischer Sportanlagen als auch für die Nutzung des KarlsBades Nutzungsgebühren zu erheben.

- 1) Die Nutzungsgebühr beträgt 6,00 € je Nutzungsstunde.
- 2) Für den Wettkampfbetrieb des jeweiligen Sportverbandes an den Wochenenden wird keine Nutzungsgebühr erhoben.
- 3) Für Interessengemeinschaften (Betriebssportgruppen u.a.), die nicht dem Stadtsportverband angehören, wird eine Nutzungsgebühr in Höhe von 15,00 € je Nutzungsstunde festgesetzt.
- 4) Für die gewerbliche Nutzung von städtischen Sportanlagen wird eine kostendeckende Miete erhoben.

Der Bürgermeister wird beauftragt, zu Ziffer 1 bis 3 eine entsprechende Gebührensatzung zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: 24 : 15 bei 6 Enthaltungen

Sitzungsunterbrechung

6.2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die außerschulische Benutzung städtischer Sportanlagen einschließlich des Karlsbades Vorlage-Nr. 30/03 b

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) stellt fest, dass es sich bei der Satzung um die Umsetzung des unter 6.1 gefassten Grundsatzbeschlusses handele. Man habe allerdings folgende Ergänzungen und Anmerkungen zu machen:

- § 1: in Anlehnung an die Sportförderung solle hier die Altersangabe „bis 21 Jahre“ hinter „Kinder- und Jugendsport“ ergänzt werden
- Falls der Krafraum in der Dreifachhalle Erich-Kästner-Realschule separat vermietet werden solle, müsse dieser auch unter einem zusätzlichen Spiegelstrich separat aufgeführt werden.
- Ergänzung der Sporthalle Brühl-Vochem
- Streichung der Schießsportanlage am Sportplatz Otto-Wels-Straße
- § 2: hier sollte im letzten Satz der Passus „am Wochenende“ gestrichen werden, da eine Vielzahl von Meisterschafts- bzw. Pokalspielen auch unter der Woche stattfinden würden
- In § 3 Ziff. 4 ist hinter dem Betrag in Höhe von 6 € pro Stunde der Passus „pro Sportstätteneinheit“ zu ergänzen.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) spricht sich ebenfalls für eine deutliche Formulierung in der Satzung aus, damit die Dinge, die heute gewollt seien, auch in 10 Jahren noch nachvollziehbar seien. So müsse z.B. in § 1 unter dem Oberbegriff „Stadion Bonnstraße“ jede dazu gehörige Sportstätteneinheit separat aufgeführt werden. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass es nach Ansicht seiner Fraktion ungerecht sei, die Hallensportarten, die auf eine Dreifachhalle angewiesen seien, mit 18 € gegenüber einem Fußballfeld mit 6 € zu belasten.

Zur Gebührenhöhe in § 2 gibt er zu bedenken, dass verschiedene Sportarten auf eine 90minütige Trainingszeit ausgerichtet seien. Man müsse daher festlegen, ob eine minutenscharfe Abrechnung oder eine Abrechnung je angefangene Stunde erfolgen solle.

Im 2. Absatz in § 2 müsse deutlich gemacht werden, dass die Nutzungsgebühr je Einheit berechnet werde. Abschließend fragt er, wer die in § 4 geregelte kostendeckende Miete für die gewerbliche Nutzung von städtischen Sportanlagen festlege.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die Sportstätten alle taxiert worden seien und die Miete aufgrund dessen kostendeckend erhoben werde. Man könne hier keinen Betrag festlegen, da zur Erreichung einer Kostendeckung jährlich eine neue Kalkulation vorzunehmen sei.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) gibt zu bedenken, dass je nach Art der gewerblichen Nutzung sich eine unterschiedlich hohe Nutzungsgebühr ergeben könnte. Die Festlegung müsse daher individuell geschehen.

Dennoch müsse man in § 4 eine Präzisierung vornehmen, damit nicht jegliche gewerbliche Nutzung ermöglicht werde. Es müsse zumindest ein Bezug zum Sport bestehen.

Bürgermeister Kreuzberg stellt in Frage, warum nicht in einer Sporthalle z.B. einmal ein Trödelmarkt oder auf einem Sportplatz eine Baggerausstellung stattfinden sollte. Er weist nochmals darauf hin, dass es eine Sportstättennutzungssatzung gebe, in der all diese Dinge geregelt seien.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) schlägt vor, die Satzung zunächst noch einmal im Hauptausschuss zu beraten.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) warnt vor einer unnötigen Einengung in § 4 der Satzung. Er weist darauf hin, dass in § 8 ohnehin eine Überprüfung der Satzung nach 5 Jahren vorgesehen sei. In der Sportstättennutzungssatzung sei bereits geregelt, dass es sich um sportliche Nutzungen handeln müsse. Nur über Ausnahmen entscheide der Bürgermeister. Die Formulierung in § 4 sei daher durchaus tragfähig.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) hält eine Vertagung dennoch für besser, da diverse redaktionelle und inhaltliche Änderungen eingebaut werden müssten. Es bestehe kein zeitlicher Druck, da die Satzung ohnehin erst zum 1.1.2008 in Kraft trete.

Bürgermeister Kreuzberg lässt über den Vertagungsantrag abstimmen. Da es bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses trotz Mahnung des Bürgermeisters zur Wahrung einer Abstimmungsdisziplin zu mehreren Unstimmigkeiten kommt, beantragt **Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) namentliche Abstimmung.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) beantragt zunächst eine Sitzungsunterbrechung.

Bürgermeister Kreuzberg unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Der Rat lehnt den Antrag, die Satzung zur nochmaligen Beratung an den Hauptausschuss zu verweisen, ab. Die Ratsmitglieder stimmen wie folgt ab:

Boley (CDU) nein, Dr. Dahm (CDU) nein, Dahmen (CDU) nein, Ehrenstein (CDU) nein, Falkenstein (CDU) nein, Fischer (CDU) nein, Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) nein, Gerharz, F.-J. (CDU) nein, Gerharz, Th. (CDU) nein, Hepp (CDU) nein, Hosmann (CDU) nein, Klug (CDU) nein, Küster (CDU) nein, Meeth (CDU) nein, Pohl (CDU) nein, Poschmann (CDU) nein, Pütz (CDU) nein, Schumacher (CDU) nein, Simons (CDU) nein, Stilz (CDU) Enthaltung, Vetterling (CDU) nein, Vogel (CDU) nein.

Berg (SPD) ja, Blanke (SPD) ja, Breu (SPD) ja, Dr. Conen (SPD) ja, Grafe (SPD) ja, Heck (SPD) ja, Reinkemeier (SPD) ja, Salvador (SPD) ja, Wehrhahn (SPD) ja.

Arth (fw/bVb) Enthaltung, Baule (fw/bVb) Enthaltung, Bohlken (fw/bVb) Enthaltung, Mainzer (fw/bVb) Enthaltung, Müller (fw/bVb) Enthaltung, Schmitz, H. (fw/bVb) Enthaltung.

Bortlitz-Dickhoff (Grüne) ja, vom Hagen (Grüne) ja, Niclasen (Grüne) ja, Schönhütte (Grüne) ja, Weber (Grüne) ja.

Brämer (FDP) nein, Pitz (FDP) Enthaltung.

Bürgermeister Kreuzberg – nein.

Abstimmungsergebnis: 23 : 14 bei 8 Enthaltungen

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) kritisiert die unausgegorene Vorlage der Verwaltung. Wenn man nun zusätzlich – wie gefordert – noch eine minutengenaue Abrechnung vornehmen wolle, verursache man sogar eine Gebührenanhebung.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) stellt klar, dass er bezüglich der Abrechnung lediglich um eine Klarstellung in der Satzung gebeten habe. Auch er sehe sich jedoch außerstande, dieser „zusammengeschusterten“ Satzung zuzustimmen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage ablehne, da man zum einen generell gegen eine Nutzungsgebühr sei, zum anderen aber mittlerweile völlig verunsichert sei, über was man überhaupt abstimmen müsse. Die Formulierungen seien unklar und auch das ganze Verfahren unmöglich. Er habe eine solche Vorgehensweise bei einer Satzung noch nicht erlebt und sei enttäuscht, dass der Rat dies mit sich machen lasse. Die Vorlage sei weder ausgereift noch beschlussreif.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) hält den Rat für durchaus befähigt, eine Satzungsänderung vorzunehmen. Er plädiert dafür, das Thema heute endgültig abzuschließen.

Bürgermeister Kreuzberg zitiert im Folgenden jede einzelne Änderung und bittet abschließend um Abstimmung über die als Anlage zur Niederschrift beigefügte Satzung.

Der Rat beschließt die als Anlage zur Niederschrift beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die außerschulische Benutzung städtischer Sportanlagen einschließlich des KarlsBades.

Abstimmungsergebnis: 25 : 20

7. Ganztagschule

hier: Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“

Bezug: SchSpA 4.9.07

Vorlage-Nr. 41/07

- Ä -

Ratsfrau Baule (fw/bVb) fragt, ob die Fördermittel ebenso wie die Landesmittel direkt an den Träger gingen.

Erster Beigeordneter Brandt bestätigt, dass die Fördermittel dem Träger zufließen würden.

Ratsfrau Baule (fw/bVb) fragt, was das in der Vorlage erwähnte „Cook-and-Chill-Verfahren“ bedeute. Grundsätzlich kritisiert sie die Verwendung englischer statt deutscher Begriffe und die häufige Nutzung von Abkürzungen, mit denen viele Bürgerinnen und Bürger nichts anzufangen wüssten.

Erster Beigeordneter Brandt erklärt, dass das Cook-and-Chill-Verfahren bedeute, dass vor Ort gekocht werde und das Essen an die Kinder zum direkten Verzehr ausgegeben werde.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) gibt zu bedenken, dass es Kinder gebe, die aus finanziellen Gründen nicht teilnehmen könnten. Zwar sei es sehr gut, dass das Land diesen Nachteil ausgleiche; dennoch bestehe immer noch eine Deckungslücke in Höhe von ca. 50 Cent. Er bitte daher nochmals eindringlich, das Problem gemeinsam mit den Schulen intensiv zu beobachten und nach einem halben oder einem dreiviertel Jahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen. Darüber hinaus sei ein Appell an Sponsoren sehr wichtig um deutlich zu machen, dass eine private Unterstützung in diesem Bereich gerne erbeten werde.

Der Rat beschließt

1. die Beteiligung am Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ab dem Schuljahr 2007/2008
2. die Bereitstellung des für 2007 erforderlichen städtischen Eigenanteils in Höhe von

5.000,00 €.

Deckung: Einsparungen in Höhe von jeweils 2.500 € bei Kostenstelle 21040000, Sachkonten 52421 (Lernmittelunterstützung für Sozialschwache) und 52550 (Karlsbad -Schulschwimmen-)

- einstimmig -

8. Kunstpreise der Stadt Brühl

hier: Dotierung des Max Ernst-Stipendiums

Bezug: Schreiben von Dr. Arta Valstar-Verhoff, Vorsitzende der Jury des

Max Ernst-Stipendiums 2007 u. KPTA 13.9.07

Vorlage-Nr. 120/80 bu

Ratsherr Hosmann (CDU) führt aus, dass die Erhöhung Sinn mache, da die Qualität der Einreichungen damit stabilisiert und ggf. noch erhöht werde. Ein zweiter und dritter Preis in dieser Kategorie sei relativ uninteressant. Er bitte daher um Zustimmung.

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) erinnert daran, dass es bis zum Jahre 1995 nur ein Preisgeld für den Erstplatzierten gegeben habe. Im Jahre 1996 habe man das Preisgeld aufgrund eines Antrages ihrer Fraktion aufgeteilt auf 3 Stipendiaten, um zumindest bei 3 Bewerbern die entstehenden Kosten abzudecken. Seit dieser Zeit sei das Preisgeld im Rahmen der Umstellung auf Euro noch einmal abgesenkt worden.

Ihre Fraktion halte eine Erhöhung des Preisgeldes für den Erstplatzierten ebenfalls für sinnvoll; gleichzeitig solle ein Preisgeld aber auch für den Zweit- und Drittplatzierten beibehalten werden. Man schlage daher vor, das Preisgeld für den Zweit- und Drittplatzierten zu belassen und für den Erstplatzierten um 1.500 € auf 5.000 € zu erhöhen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) hält den Vorschlag für sinnvoll, das Preisgeld für den Erstplatzierten anzuheben. Man müsse sehen, dass weiterhin ein Anreiz bestehen bleibe. Im Hinblick auf die Haushaltslage sollte zunächst auf ein Preisgeld für den Zweit- und Drittplatzierten verzichtet werden.

In diesem Zusammenhang müsse man sich allerdings fragen, warum dieser städtische Preis ohne Beteiligung des Max-Ernst-Museums vergeben werde. Er habe kein Verständnis dafür, dass der damalige Antrag seiner Fraktion, die Bilder im Museum zu zeigen, abgelehnt worden sei. Er könne nicht nachvollziehen, warum hier keine Bündelung und ein Zusammenwirken von Stadt und Museum möglich sei. Er appelliere daher nochmals an alle Beteiligten, noch einmal diesbezügliche Überlegungen anzustellen und durch vereinte finanzielle Kraft einen Preis zu schaffen, der Beachtung finde und einen nennenswerten Anreiz schaffe.

Bürgermeister Kreuzberg macht deutlich, dass es sich hier um das Max-Ernst-Stipendium der Stadt Brühl handle, um ein Aussöhnungszeichen zwischen Max Ernst und der Stadt Brühl. Die Tradition werde s.E. am Besten gewahrt, wenn dies auch so bleibe. Man habe im Übrigen bereits einen Versuch der Zusammenarbeit unternommen, der jedoch seitens der Stiftung abgelehnt worden sei, u. a. auch aus Platzgründen.

Ratsfrau Heck (SPD) hätte sich die Diskussion gerne im Ausschuss für Kultur, Partnerschaften und Tourismus gewünscht. Im Übrigen unterstütze ihre Fraktion die Argumente von Frau Dr. Arta Valstar-Verhoff.

Ratsherr Weber (Grüne) hält eine Anpassung der Preisgelder für dringend geboten, da sich die Kosten mittlerweile aus seiner Sicht verdreifacht hätten. Ein Preisgeld sollte auch für den Zweit- und Drittplatzierten beibehalten werden als Ermutigung für die jungen Künstler.

1. Der Rat lehnt eine Erhöhung des Preisgeldes für den Erstplatzierten auf 5.000 € und eine Beibehaltung des Preisgeldes für den Zweit- und Drittplatzierten ab.

Abstimmungsergebnis: 32 : 6 bei 7 Enthaltungen

2. Der Rat beschließt, das Preisgeld in Höhe von EUR 5.000,- künftig nicht mehr auf mehrere Preisträger/-innen zu verteilen, sondern alleinig dem Max Ernst – Stipendiaten bzw. der Stipendiatin zukommen zu lassen. Er beauftragt den Bürgermeister, die Satzung der Stadt Brühl über die

Stiftung des Max-Ernst-Stipendiums vom 1. Juli 1996 entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: 38 : 6 bei 1 Enthaltungen

9. Sammlung Will Küpper;

hier: Annahme einer Schenkung Dr. Wolf Rüdiger und Anita Hüttl

Bezug: KPTA 13.9.07

Vorlage-Nr. 167/74 i

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) fragt, wo das Vermächtnis von Will Küpper untergebracht sei.

Beantwortung in der Niederschrift:

Das komplette Vermächtnis von Will Küpper ist in den Räumen der Kunst- und Musikschule auf 32 qm in Hoch- und Planschränken untergebracht. Der Altbau bietet optimale Raumtemperaturen.

Der Rat beschließt, die Küpper-Kunstwerke und Dokumente im Wert von ca. 72.500 €, die der Stadt Brühl von Herrn Dr. Wolf Rüdiger Hüttl und Frau Anita Hüttl als Schenkung angeboten worden sind, anzunehmen.

- einstimmig -

10. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes ‚Brühl-City‘ gem. § 142 Baugesetzbuch

Bezug: PStA 14.8.07

Vorlage-Nr. 200/85 f

Der Rat der Stadt Brühl beschließt gemäß § 7 Abs. 1 i. V. mit § 41 Abs. 1 f Gemeindeordnung NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW.S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Ersten Teils des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498) und § 142 des Baugesetzbuches i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004, (BGBl I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. 12. 2006 mit Wirkung vom 20. 09. 2007 folgende Satzung:

§ 1

Festlegung des Sanierungsgebietes

Das im beigefügten Plan im Maßstab 1:5000 umrandete Gebiet der Innenstadt wird förmlich als ‚Sanierungsgebiet Brühl-City‘ festgelegt. Der Plan ist Bestandteil der Satzung.

Das Sanierungsgebiet wird wie folgt begrenzt:

Im Norden: von der südlichen und östlichen Grenze des Grundstückes der Agentur für Arbeit (Ecke Römer- und Wilhelm-Kamm-Straße), der nördlichen Grenze der Schlaunstraße, verlängert bis zur Trasse der Linie 18 der HGK, dort inkl. des Bahnhofbereiches Brühl-Mitte, dann entlang der Nordgrenze des ‚Alten Friedhofes‘, der Westgrenze der Mühlenstraße nach Norden folgend, inkl. der Grundstücke Mühlenstraße 71 bis 87, verlängert bis zur Nordgrenze des Kindergartengrundstückes, dort entlang der Südgrenze der St.-Franziskus-Schule und der nördlichen Grenze der Schützenstraße

- Im Osten: von der Kölnstraße, Burgstraße, Bahnhofstraße (an diesen drei Straßen grenzt die vorhandene Sanierungssatzung ‚City-Nord‘ an), der Schloßstraße, der westl. Grenze des Schlossparks einschl. des Grundstückes Tiergartenstraße 26
- Im Süden: von den südlichen Grenzen der Häuser Tiergartenstraße 22 a bis 22 e verlängert nach Westen in die Bonnstraße, der Ostseite Bonnstraße, entlang des Verbindungsweges zwischen Pingsdorfer Straße und Bonnstraße, inkl. der Grundstücke Pingsdorfer Straße 7 bis zur Grenze des Kindergartengrundstückes, der Südseite der Liblarer Straße, der Trasse der Stadtbahn-Linie 18, inkl. der Flächen von Liblarer Straße 2, 4 und Uhlstraße 114 bis 118
- Im Westen: der Westseite der Uhlstraße, der Nordseite der Clemens-August-Straße, unter Ausschluss der Grundstücke Clemens-August-Straße 40 bis 54, den rückwärtigen Grenzen der Grundstücke Römerstraße 154 – 160, einschl. des Grundstückes der Deutschen Post AG.

§ 2

Sanierungsverfahren

Gemäß § 142 Abs. 4 BauGB wird die Anwendung der Vorschriften des 3. Abschnittes (§ 152 bis § 156 BauGB) ausgeschlossen, da sie für die Durchführung der Sanierung nicht erforderlich ist und die Durchführung hierdurch voraussichtlich nicht erschwert wird – Vereinfachtes Sanierungsverfahren - .

Darüber hinaus wird auch die Genehmigungspflicht nach § 144 BauGB ausgeschlossen.

§ 3

Inkrafttreten, Geltungsdauer

Gemäß § 143 Abs. 1 BauGB ist die Sanierungssatzung ortsüblich bekannt zu machen, sie tritt mit dem Tag der Veröffentlichung in Kraft. Nach § 142 Abs. 3 BauGB gilt die Satzung längstens für die Dauer von 15 Jahren.

Brühl, 20. 09. 2007

Der Bürgermeister

Michael Kreuzberg

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung der Stadt Brühl über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes ‚Brühl-City‘ wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung wird die Sanierungssatzung gemäß § 143 Abs. 1 BauGB rechtsverbindlich.

Hinweise:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen der aufgeführten Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn:

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- c) der Bürgermeister hätte den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel sei gegenüber der Stadt Brühl vorher gerügt und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die Verletzung solcher Verfahrens- und Formvorschriften kann beim Bürgermeister der Stadt Brühl, Rathaus Uhlstraße 3, 50321 Brühl, geltend gemacht werden.

Diese Satzung mit Plan kann während der Dienststunden

Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 8:00 bis 12:00 Uhr
und Donnerstags von 14:00 bis 16:00 Uhr

im Fachbereich Stadtentwicklung und Bauordnung, Rathaus Uhlstraße 3, 50321 Brühl, Zimmer A 119, A 123, A 125 eingesehen werden.

Brühl, 20. 09. 2007

Der Bürgermeister

Michael Kreuzberg

- einstimmig -

11. Anträge

11.1 Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 22.1.07

Bezug: SoMiA 10.5. u. 9.8.07

Vorlage-Nr. 12/05 c+d

Ratsfrau Dr. Conen (SPD) erinnert daran, dass eine Vorlage der Verwaltung zu der Thematik bereits im November 2006 im Ausschuss besprochen worden sei. Anfang 2007 habe die SPD dann ihren Antrag gestellt, der allerdings erst im August diesen Jahres behandelt worden sei.

Im Folgenden erläutert sie nochmals ausführlich den Antrag ihrer Fraktion. Zur Vorlage der Verwaltung stellt sie fest, dass diese im Grunde genommen nur aus Selbstbestätigungen bestehe. Der Beschlussvorschlag sei zu vage, zumal der Erfolg nicht überprüft werden könne. Die Landesregierung habe im Übrigen bestimmte Maßnahmen festgelegt. Hier könne allerdings kein roter Faden erkannt werden. Es sei dringend eine Präzisierung und ernsthaft eine Strukturierung zu erarbeiten.

Abschließend gibt sie zu bedenken, dass die Namensnennung des Ausschusses für Soziales und Migration falsch sei, da man sich im Ausschuss nicht mit Migration sondern mit Integration beschäftige.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass der Rat selbst den Ausschuss so bezeichnet habe.

Der **Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Migration Falkenstein** (CDU) teilt mit, dass die Vorlage der Verwaltung im Ausschuss für Soziales und Migration mit großer Mehrheit angenommen worden sei.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) erklärt, dass ihre Fraktion das Anliegen grundsätzlich unterstütze. Es müsse nun ein Maßnahmenpaket erstellt werden. Das Ziel, einen höheren Schulabschluss für Migrantenkinder zu erreichen, sei aber nur mit finanziellen Mitteln zu erreichen.

Wenn die Angelegenheit nun „Chefsache“ sei, müsse dies auch im Etat so verankert werden.

Bürgermeister Kreuzberg hält dem entgegen, dass der Rat über den Haushaltsplan entscheide. Es sei ihm wichtig gewesen, in einer Vorlage darzustellen, was bereits alles in Brühl passiere. Die Stadt orientiere sich an dem „Aktionsplan Integration“ der Landesregierung, der auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werde.

Aufgrund der örtlichen Aktualität werde als erstes Schwerpunktthema der Stadtteil Brühl-Vochem aus dem Bereich Stadtentwicklung/Wohnen aufgegriffen. Selbstverständlich verstehe er das Bemühen, das sicherlich allseits Unterstützung finde. Es könne jedoch nicht richtig sein, dass man als „Erfinder“ auftrete. Man solle allerdings nach vorne schauen und sehen, was man gemeinsam erreichen könne.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) begrüßt die gute Beschlussvorlage des Bürgermeisters. Es handele sich um ein schwieriges Thema, dessen man sich jedoch annehmen müsse. Zur Integration gehöre allerdings beidseitiges Bemühen. In diesem Zusammenhang appelliert er an den Ausländerbeirat, so zu arbeiten, dass er bei seinen Sitzungen künftig beschlussfähig ist.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) erinnert daran, dass die damalige Ratsmehrheit die Einrichtung eines Integrationsausschusses verhindert habe. Sie sei sicher, dass man dann die Probleme im Ausländerbeirat nicht habe

Zum anderen kritisiert sie, dass der Bürgermeister das Thema mehrfach als „Chefsache“ bezeichne, gleichzeitig aber behaupte, dass er keinen Einfluss auf den Haushaltsplan habe. Dies könne sie nicht nachvollziehen.

Bürgermeister Kreuzberg stellt richtig, dass er selbstverständlich Vorschläge im Etat machen könne, über die letztendlich allerdings der Rat entscheide.

Zu seiner Vorlage stelle er fest, dass keine große Kritik geübt worden sei und von daher wohl nicht viel fehle. Man solle das Papier daher als richtungsweisend auffassen. Im Übrigen werde er selbstverständlich in dem Rahmen tätig werden, wie er es in der Vorlage beschrieben habe. Dies brauche daher nicht in Zweifel gezogen zu werden.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) bestätigt, dass das Thema bereits seit vielen Jahren aktuell sei und die SPD sich nicht als Erfinder bezeichne. Die Vertreter im Ausschuss für soziale Fragen und Migration seien dennoch erstaunt über die Vorlage der Verwaltung gewesen, die sehr umfangreich sei, ohne jedoch verbindliche Festlegungen zu treffen und auch ohne konkret auf den Antrag seiner Fraktion einzugehen. Man werde der Vorlage jedoch zustimmen, um die Sache vorwärts zu bringen.

Ratsfrau Franzzioch-Immenkeppel (CDU) berichtet, dass der SPD-Antrag 4 Einzelpunkte aufgreife aus einem Papier, welches u. a. durch ihre Mitarbeit von Seiten des Bundesinnenministeriums zusammen mit der Bertelsmannstiftung erarbeitet worden sei. Der SPD-Antrag sei daher richtig und wichtig, obwohl die Verwaltungsvorlage sehr viel weiter gehe. Es handele sich nicht – wie dargestellt – um eine Beweiräucherung, sondern gebe richtig wider, dass der Bürgermeister sich an die Spitze der Aktivitäten in der Kommune setzen müsse. Dies und auch die Einstellung einer Integrationsbeauftragten sei gut und richtig.

Die **CDU-Fraktion** befürworte daher die Vorlage der Verwaltung.

Der Rat beschließt, die Bemühungen um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne des im Juni 2006 von der Landesregierung verabschiedeten ‚Aktionsplan Integration – Land der neuen Integrationschancen‘ nochmals zu verstärken und den Bürgermeister zu beauftragen, die dafür notwendigen Schritte einzuleiten.

- einstimmig -

11.2 Verwendung des Veräußerungserlöses Sportplatz Bonnstraße

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 10.8.07

Bezug: SchSpA 4.9.07

Vorlage-Nr. 19/87 d+e

Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (fw/bVb) erklärt, dass seine Fraktion den SPD-Antrag unterstütze.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bezeichnet den Antrag als rein populistisch. Er widerspreche allen Prinzipien, die man sich aus guten Gründen als Rat auferlegt habe. Selbstverständlich werde Geld wohl überlegt in verschiedene Sparten gegeben, dazu gehören nicht nur der Sport. Die SPD schein übersehen zu haben, dass man bereits sehr umfangreich auf dem Gebiet des Sports tätig geworden sei.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) kann nachvollziehen, wie man zu einer solchen Forderung komme. Seine Fraktion lehne den Antrag allerdings ab. Man habe im Übrigen nicht mehr den kameralen Haushalt, so dass man die Vorlage der Verwaltung unterstütze.

Der Rat lehnt den Antrag der SPD-Fraktion, 50 % des Verkaufserlöses des Sportplatzes Bonnstraße für die Förderung des Sports in Brühl zu verwenden, ab.

Abstimmungsergebnis: 25 : 17 bei 3 Enthaltungen

11.3 Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden

hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 8.8.07

Bezug: HA 27.8.07

Vorlage-Nr. 37/07

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) erklärt für seine Fraktion Zustimmung, aber auch Verwunderung, dass die Verwaltung nicht selber auf die Idee gekommen sei.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) weist darauf hin, dass es entscheidend darauf ankomme, wie die Vertragsgestaltung aussehe. Die umweltpolitischen Ziele der Stadt Brühl müssten konkret im Vertrag verankert werden, da man sich über viele Jahre binde.

Ratsherr Weber (Grüne) erkennt in dem Antrag einen guten Ansatz; allerdings sei ein genaues Ziel nicht definiert. Insofern müsse der Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt nacharbeiten, da der Antrag nicht weit genug gehe. Im Übrigen würden Mitbewerber von vornherein ausgeschlossen.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) plädiert dafür, endlich einmal „ja“ zu sagen, damit etwas passiere. Man sei im Übrigen froh, dass die zuletzt in einem Preisvergleich sehr gut abgeschnittenen Stadtwerke Brühl sich mit der Sache befassten und sicherlich die Ansprüche von Ökonomie und Ökologie sehr gut miteinander in Einklang bringen würden.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) macht nochmals deutlich, dass der Weg falsch sei, etwas in Auftrag zu geben und erst später die Ziele festzulegen. Die Reihenfolge müsse umgekehrt sein.

Der Rat beschließt, aus einer im Rahmen des Gebäudemanagements von der Gebausie erstellten Liste die städtischen Gebäude auszuwählen, für die eine neue Nahwärmanlage notwendig bzw. sinnvoll ist und nach Prüfung der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit die Stadtwerke Brühl GmbH zu beauftragen, diese Anlagen im Rahmen eines Wärmecontracting zu errichten und zu betreiben.

Abstimmungsergebnis: 39 : 1 bei 4 Enthaltungen

11.4 Beantwortung von Anfragen der Ratsmitglieder **Bezug: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 15.8.07** **Vorlage-Nr. 44/07 + a**

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (fw/bVb) macht eingangs deutlich, dass selbstverständlich nicht beabsichtigt gewesen sei, die Rechte des Bürgermeisters zu beschneiden. Es könne allerdings nicht richtig sein, dass dann, wenn ein Mandatsträger die Frage eines Bürgers an einen Fachbereich weitergebe, er gesagt bekomme, dass die Antwort nur der Bürgermeister erteile. Es könne auch nicht richtig sein, dass ein Bürger schneller eine Antwort erhalte als ein Mandatsträger. Er frage sich im Übrigen, ob die in den Erläuterungen angesprochene Dienstanweisung auch für die dem Bürgermeister nahestehenden Fraktionen gelten würden.

Bürgermeister Kreuzberg wirft ein, dass diese generell für alle gelte.

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (fw/bVb) gibt zu bedenken, dass die heute noch gültige Geschäftsordnung noch aus der Ära von Bürgermeister Mengel stamme. Er könne sich noch heute daran erinnern, dass CDU und bVb damals heftig widersprochen hätten. Auch die Schnellanfragen seien kein probates Mittel für die zügige Beantwortung einer Anfrage. Abschließend stellt er fest, dass der Originaltext der Anweisung des Bürgermeisters nicht – wie gewünscht – der Vorlage beigefügt sei. Er regt an, die Angelegenheit einmal im Ältestenrat zu thematisieren.

Bürgermeister Kreuzberg macht deutlich, dass es sich um einen normalen Umgang und die übliche Verfahrensweise handele. Im Übrigen gebe es sonst keinerlei Beschwerden in diesem Bereich. Falls Herr Schmitz jedoch Probleme habe, könne er in diesem Sinne gerne einmal den Ältestenrat dazu einberufen. An den Regeln habe sich allerdings nichts geändert und man sei bisher immer gut damit gefahren. Er halte den Antrag in der Form daher für übertrieben.

12. Umbesetzung in Ausschüssen

12.1 Schul- und Sportausschuss **Vorlage-Nr. 105/94 cn**

Der Rat wählt Herrn Studiendirektor Berthold Phiesel, Rheinbacher Str. 4, 53505 Berg, zum ordentlichen, beratenden Mitglied in den Schul- und Sportausschuss des Rates der Stadt Brühl.

- einstimmig -

12.2 Zweckverband kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur

Auf Antrag der **SPD-Fraktion** beschließt der Rat, anstelle des bisherigen stellvertretenden Mitglieds Anne-Rose Heck Herrn Wilfried Blanke als neues stellvertretendes Mitglied zu benennen.

- einstimmig -

13. Mitteilungen

13.1 Zuschuss an St. Ursula Gymnasium

Bürgermeister Kreuzberg verliest ein Schreiben des Schulleiters des Erzbischöflichen St. Ursula Gymnasiums, Herrn Otte, in dem sich dieser herzlich bedankt für den gewährten Zuschuss zur Eigenleistung in Höhe von 3.835 €. Herr Otte berichtet, dass das Geld zusammen mit einer Spende der Kreissparkasse und mit Mitteln des Fördervereins dazu genutzt werde, die nunmehr 9 Jahre alten Computer im Medienraum durch neue Systeme zu ersetzen.

13.2 18. Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- u. Gemeindebundes am 24. Oktober 2007 in Münster

Bürgermeister Kreuzberg berichtet über den Eingang der Einladung zu der Mitgliederversammlung und teilt mit, dass 7 Delegierte aus Brühl, darunter der Bürgermeister, benannt werden könnten. Nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren würde sich folgende Verteilung ergeben: CDU 3 Personen, SPD 2 Personen, fw/bVb 1 Person. Er bittet um Benennung an die Schriftführerin.

13.3 Straßensperrung

Erster Beigeordneter Brandt teilt mit, dass die Kaiserstraße zwischen Leipziger und Kierberger Straße bis Anfang November gesperrt sei. Die Zufahrt zu den Grundstücken sei jedoch gewährleistet.

14. Anfragen

14.1 Fraktionsname

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (fw/bVb) fragt, ob allen Ratsmitgliedern bekannt sei, dass seine Fraktion den Namen seit dem 9. August 2007 erweitert habe in „Freie Wähler/Bürgervereinigung Brühl“.

14.2 Haushaltssatzung 2007

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (fw/bVb) weist darauf hin, dass bei den auf S. 455 aufgeführten Mitgliedern des Betriebsausschusses Herr Zöllner fehle. Er bittet, den Fehler zu korrigieren und die Seiten auszutauschen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

14.3 Süd-Friedhof

Ratsherr Breu (SPD) fragt, ob es richtig sei, dass der Friedhof nicht mehr abgeschlossen werde und sich dadurch ein reger Mopedverkehr dort vollziehe.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Prüfung zu.

14.4 Kreisel Alte Bonnstraße/Geildorfer Straße

Bortlitz-Dickhoff (Grüne) fragt, warum der Bau immer noch nicht endgültig abgeschlossen sei.

Erster Beigeordneter Brandt sagt Beantwortung in nichtöffentlicher Sitzung zu.

14.5 Marktsatzung

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) fragt, warum die Märkte mittags abgebaut würden und ob es nicht möglich sei, diese auch bis nachmittags oder abends offen zu halten.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass der Rat die Öffnungszeiten in der entsprechenden Satzung festgelegt habe. Er werde jedoch prüfen, ob es anderweitige Interessen gebe. Der Mittwochsmarkt sei im Übrigen bis abends geöffnet.

14.6 Nazischmierereien

Ratsfrau Niclasen (Grüne) weist darauf hin, dass im Stadtgebiet wieder verstärkt Nazischmierereien aufgetreten seien, z.B. am Gebäude der griechisch-orthodoxen Kirche. Sie fragt, was die Stadt Brühl hiergegen unternehme. In anderen Kommunen, in denen diese Probleme ebenfalls auftreten würden, sei man teilweise dazu übergegangen, Belohnungen auszuschreiben.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass er selbstverständlich grundsätzlich alles tun wolle, um die Täter schnellstmöglich zu fassen. Die Frage einer Belohnung sei jedoch eine finanzielle Angelegenheit, die man im Hauptausschuss einmal besprechen müsse. Z.Z. finde eine enge Zusammenarbeit und ein gegenseitiger Austausch mit der Polizei statt.

14.7 Fest der griechischen Gemeinde

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass bei dem Fest der griechischen Gemeinde auf dem Franziskanerhof bereits um 0.45 Uhr die Polizei gerufen worden sei, obwohl die Musik sehr leise und dezent gewesen sei. Sie fragt, ob man den Anwohnerinnen und Anwohnern am Franziskanerhof nicht per Schreiben einmal höflich mitteilen könne, dass sie an einem öffentlichen Platz wohnten und man sie einmal darüber aufklären könne, was dort möglich sei und was nicht.

Erster Beigeordneter Brandt berichtet, dass die Situation der Verwaltung bekannt sei. Es sei allerdings Aufgabe des Veranstalters, sich mit den Anwohnern in Verbindung zu setzen. Im Übrigen habe es keine weiteren Beschwerden gegeben.

14.8 Baugebiet ‚Auf der Pehle‘

Ratsfrau Boley (CDU) teilt mit, dass sie sich das Gebiet angeschaut und festgestellt habe, dass durch die dort erstellten Parkbuchten der Fußgängerweg z.B. mit Kinderwagen nicht mehr befahrbar sei. Dies müsse dringend geändert werden.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

14.9 Baustelle Kaiserstraße

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) stellt fest, dass es sich dort um eine ungewöhnlich lange Baustelle handele. Er fragt, ob dort noch gearbeitet werde.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

14.10 Rauchverbot

Ratsherr Blanke (SPD) fragt, welche Regelung in den Brühler Rathäusern hinsichtlich der aktuellen Entwicklung in Sachen Rauchverbot gelte.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass es noch keine offizielle Gesetzgebung gebe. Sobald gesetzliche Regelungen vorliegen würden, werde er das Thema angehen. Bisher gebe es in den betroffenen Büros einvernehmliche Lösungen zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

14.11 Müllentsorgungspreise

Fraktionsvorsitzender Schmitz, H. (fw/bVb) nimmt Bezug auf die Fehlkalkulation des Kreises hinsichtlich der Kosten für die Entsorgung des Restmülls. Er fragt, welche Kosten hier indirekt über die Kreisumlage zusätzlich auf die Stadt zukämen.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass er z.Z. davon ausgehe, dass es nicht zu einer Erhöhung komme. Ansonsten werde er dies per Vorlage mitteilen.